

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.  
Fernsprecher: Amt 1. Nr. 1508.

Dienstag, den 5. August 1902.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.  
Fernsprecher: Amt 1. Nr. 5121.

#### Hoch- und Landesverrat für Parteizwecke.

II.

In einer 1888 erschienenen Schrift „der Einfluss Frankreichs auf die preussische Politik und die Entwicklung des preussischen Staates“ von Bruno Bauer stellt der Verfasser altentworfene Bündnisse, Verträge etc. fest, welche das Haus Brandenburg direkt oder indirekt mit Frankreich zum jeweiligen Schaden des Deutschen Reiches eingegangen ist. Die Schrift ist offenbar von der entgegengesetzten Tendenz beherrscht wie das Werk Drozjens, aber wenn auch die Darstellung angefochten werden kann, so sind die Thatsachen, die sie aufzählt, doch nicht zu bestreiten. Greifen wir zur Erhellung unseres Themas einige heraus.

**1551:** Der Bruder des regierenden Kurfürsten von Brandenburg, der Markgraf Johann von Küstrin, verbündet sich 1551 mit dem Markgraf Albrecht von Brandenburg-Kulmbach, dem Kurfürst Moriz von Sachsen und mehreren andern protestantischen Fürsten gegen den Kaiser Karl V. Albrecht von Brandenburg leitete für dieselben die Verhandlungen mit dem französischen Könige Henri II. Es kam zu einem Vertrage, auf Grund dessen die betreffenden Fürsten dem Könige von Frankreich für seine Unterstützung das Recht auf die Besetzung der Städte Metz, Toul, Verdun und Cambrey zusprachen. Folge: Diese wichtigen Städte gehen an Frankreich verloren, die religiöse und politische Spaltung Deutschlands wird zur unabänderlichen Thatsache.

**1609:** Die protestantische „Union“, der u. a. die Markgrafen Christian und Joachim Ernst von Brandenburg (fränkische Linie) angehörten und der am 3. Februar 1610 auch der Kurfürst Johann Sigismund von Brandenburg beitrug, wenden sich in der Streitfrage um die sächsische Erbfolge um Hilfe an den König Henri IV. von Frankreich. Dieser sendet Subsidien und Hilfstruppen, mit deren Unterstützung die „Union“ die sächsischen Länder in Besitz nimmt. Die Folge ging für Frankreich zunächst dadurch verloren, daß Henri IV. schon im Mai 1610 von Ravaillac ermordet wurde. Aber es war ein neues Präcedens für die, später — im westfälischen Frieden — ausdrücklich sanctionirte Verletzung Frankreichs zur Einmischung in deutsche Angelegenheiten geschaffen. Andererseits lassen nunmehr die Hohenzollern auch in Westdeutschland festen Fuß.

**1631:** Kurfürst Georg Wilhelm von Brandenburg schließt 1631 (21. Juli) mit dem mit Frankreich verbündeten König Gustav Adolf von Schweden ein förmliches Bündnis gegen das Oberhaupt des Deutschen Reiches.

**1643:** Frankreich vermittelt am 19. Oktober 1643 einen Vertrag, kraft dessen die bis dahin noch immer von den Hessen und Holländern in den Niederländischen Ländern besetzten Plätze dem Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg übergeben wurden.

**1648:** Frankreich tritt bei den westfälischen Friedensverhandlungen zu Gunsten Brandenburgs auf, als es sich um die Entscheidung desselben für den an Schweden überlassenen Teil Pommerns handelt.

**1656:** Der Kurfürst geht im Juli 1656 ein Bündnis mit Frankreich ein, durch welches ihm — außer Subsidien — die Garantie seiner Provinzen am Rhein und der Mosel zugesichert wird.

**1658:** Kurfürst Friedrich Wilhelm stimmt nach dem Tode des Kaisers Ferdinand III. (2. April 1657) auf Wunsch Mozarins im Interesse Frankreichs für die von dieser Macht gewünschte Beschränkung der politischen Aktionsfreiheit des kaiserlichen Kaisers.

**1661:** Der Kurfürst Friedrich Wilhelm tritt 1661 dem am 15. August 1659 zu Mainz zwischen Frankreich, Schweden und mehreren Reichsfürsten — im Interesse der erstgenannten Macht abgeschlossen — hergestellten „Rheinischen Bündnisse“ bei.

**1679:** Am 19. Juni 1679 wurden in einem — neben dem Frieden von St. Germain en Laye abgeschlossenen — geheimen Vertrage dem Kurfürst seitens Frankreichs auf mehrere Jahre Subsidien zugesichert.

**1680:** Der Kurfürst trägt 1680 Louis XIV. ein Bündnis an [das dieser aber geringfügig ablehnt].

**1682:** Am 12. Januar 1682 ging Friedrich Wilhelm mit Frankreich ein Bündnis ein, dessen Bestimmungen waren:

„Frankreich solle von weiteren Reunions [deutscher Gebiete] Abstand nehmen; das bereits in Besitz genommene [Strasbourg am 29. September 1681!!!] aber behalten. Der Kurfürst sollte sich bemühen, den Frieden [auf dieser Basis] zwischen Ludwig XIV. und dem Deutschen Reiche nach Kräften zu erhalten. Dafür zahlte Frankreich Subsidien zur Unterhaltung des Brandenburgischen Heeres.“

Was Frankreich jedesmal bei diesen Abmachungen und Verhandlungen im Auge hatte, liegt auf der Hand: die Spaltung und dadurch steigende Schwächung des Deutschen Reiches, die Erlangung der Oberherrschaft in Europa, was für damals die Welt Herrschaft hieß. Daß es nicht jedesmal die Stappe erreichte, die es gerade im Auge hatte, ändert an der Natur dieser Bündnisse für unsre Frage nichts. Von Seiten Brandenburgs und der Hohenzollern waren und blieben sie Unterstützungen einer dem Deutschen Reich feindlichen Macht. Und thatsächlich war im ganzen das Ergebnis eine große Förderung der Zwecke Frankreichs, eine Festigung der Verklüftung Deutschlands. Es selbst enthielt mit Frankreich aufzunehmen, konnte den brandenburgischen Herrschern damals nicht in den Sinn kommen, und wenn etwa dem großen Kurfürsten derartiges für die Zukunft vorschwebte, so waren seine Maßnahmen für den gegebenen Moment doch thatsächlich Reichsverrat. Ebenso die entsprechenden Maßnahmen seiner Nachfolger, denn die Pakte mit Frankreich zum Schaden der kaiserlichen Macht in Deutschland hörten mit dem Kurfürst Friedrich Wilhelm II. keineswegs auf. Betont seien hier noch die Bündnisse Friedrich II. bei Gelegenheit der Kriege um Schlesien

mit Frankreich. — Ich glaube, ich werde euer Spiel spielen, bekomme ich die Wf so teilen wir“, sagte Friedrich II dem französischen Gesandten beim Abmarsch in den ersten schlesischen Krieg. — sowie die Preisgabe deutscher Interessen 1802 und 1805 gegenüber Bonaparte. Es ist auch keine Abschwächung des sachlichen Charakters dieser Handlungen, daß die Gegner Brandenburg-Preußens es oft nicht besser machten. Nicht die Motive, nicht die schließlichen, weltgeschichtlichen Ergebnisse sind hier in Frage, sondern lediglich der Punkt, ob Hoch- oder Landesverrat zu politischen Parteizwecken vorlag oder nicht. Und daß auf diese Pakte alle Kriterien des Hoch- und Landesverrats zutreffen, läßt sich gar nicht bestreiten. Daß Frankreich oder vielmehr die herrschlichsten französischen Gewaltthäter schließlich geschichtlich die Geopfertten waren, ist eine sehr erfreuliche Thatsache, hätte aber nicht unbedingt eintreten müssen. Die Verhältnisse zur Zeit, wo jene landesverräterischen Pakte geschlossen wurden, liehen diesen Ausgang nicht voraussehen. Die Schaffung der preussisch-hohenzollerischen Hausmacht ist das Werk fortgesetzten Hoch- und Landesverrats.

Nicht man das sittliche Urteil über solche Pakte oder ähnliche politische Maßnahmen von dem Ziel abhängig, in dessen Interesse sie unternommen werden oder von der Wirkung, die sie in letzter Instanz zur Folge haben, so begiebt sich gerade der heutige Ordnungsmensch auf die schiefe Ebene, bei der alles das, was Kantisch angeblich empfohlen haben soll, in zehnfaß verstärkter Potenz als gerechtfertigt, ja höchst lobenswert erscheint. Es geht nicht an, über den landesverräterischen Socialdemokraten zu schimpfen und die weitsichtigen Fürsten aus dem Geschlecht der Hohenzollern zu verheerlichen. Denn unzählige Male sind es gerade die kritischen Situationen des Deutschen Reiches gewesen, welche jene Fürsten ausnutzten, ihre Zwecke, gleichgültig ob selbstsüchtig oder ideal, zu fördern. Indes dürfen unsere Gegner beruhigt sein. Wenn in früheren Epochen nicht nur die Fürsten, sondern auch der Adel und das Bürgertum (vorüber ein andermal) die logischen Vorstellungen in Bezug auf Landestreu hatten, so kennzeichnet es gerade die moderne Entwicklung, daß in den großen Krisen der Nationen das nationale Interesse nirgends stärker gesichert war, als bei der revolutionären Demokratie. Das war schon in der großen englischen Revolution der Fall, wo die radikalste Partei, die der Independenten, zugleich auch die nationalste oder sagen wir lieber Landestreueste war; und das zeigte sich von neuem in der großen französischen Revolution. Die Entwicklung, die sich seitdem vollzogen, wird es verhindern, daß sich der revolutionäre Patriotismus zum Jingoismus oder Chauvinismus auswächst, die socialistische Arbeiterdemokratie wird in dieser Hinsicht nicht in die Fußstapfen des weiland revolutionären Bürgertums treten.

Ed. B.

#### Politische Ueberblick.

Berlin, den 4. August.

##### Das Panama der Polenpolitik.

Während die Galatistenpresse zuerst den „Fall Löbning“ mit unfauberen Andeutungen und flachen Spott behandelt hatte, ist über Nacht der Kriegsplan geändert worden. Man hat jetzt eingesehen, daß die Reichserhaltungsschrift des Posenes Steuerdirektors den elenden Zusammenbruch der Polenpolitik bedeutet, einen Zusammenbruch in Gelächter und Abscheu! Darum sucht man zu retten, was zu retten ist, und ist bereit, der aufgeregten öffentlichen Meinung ein Opfer zu schlachten: Der arme Rheinbaben wird in die Wüste geschickt, weil er so unvorsichtig die Geheimnisse des Germanisierens preisgegeben.

Die vom Galatistenverein abhängigen Berliner Reuesten Nachrichten sind es, die das Ablebnungsgefecht gegen den preussischen Finanzminister eröffnen. Sie entrißten sich über das Schweigen des „Staats-Anzeigers“ und der „Verl. Korrespondenz“, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ habe es sogar fertig gebracht, die Angelegenheit bisher mit keiner Silbe zu erwähnen. Dieser leyttere Umstand

legt die Annahme nahe, daß der Regierung die Förderung sehr unangenehm ist, und daß, wie zu erwarten ist, Graf Bülow, wahrscheinlich auch wohl der Kaiser, Bericht eingefordert haben. Man wird sich im Lande schwerlich vorstellen können, daß ein derartiger, weit über die Grenzen Frankreichs und Deutschlands hinaus erregender Fall etwa als ein Internum eines „Reffortts“ behandelt werden könne. ... Herr Löbning war nicht etwa ein schlechter Steuerdirektor, sondern galt als tüchtiger Beamter. ... Es handelt sich da um allgemeine Grundsätze, die nicht der Refforttschef, sondern die der leitende Staatsmann zu verantworten hat, wobei wir freilich bezweifeln, daß Graf Bülow geneigt sein wird, solche Auffassungen der Öffentlichkeit gegenüber zu vertreten.“

Die Pensionierung Löbnings wird geradezu für „ungefährlich“ erklärt und sogar das „Voll“ zu Hilfe gerufen, das nicht dazu da sei, für derartige unmotivirte Pensionierungen Steuern zu zahlen. Das Blatt meint, Bülow werde schwerlich mit Rheinbaben einverstanden sein. Wenn aber solche Auffassungen nicht die feinsten sind, wie angenommen werden darf, so legt dieser Umstand von neuem die dringende Nothwendigkeit nahe, für eine Einheitslichkeit im Staatsministerium zu sorgen und zu verhindern, daß der leitende Staatsmann Grundsätze und Auffassungen zu vertreten hat, die nicht die feinsten sind, oder, was ebenso wenig erwünscht sein kann, daß er derartige gravierende Dinge, die ohne ihn nicht entschieden werden sollten, erst erfährt, wenn es zu spät ist, seinen Einfluß dabei einzusetzen.“

Schließlich erinnert das Blatt daran, daß einer der hervorragendsten Amtsvorgänger Rheinbabs, der Finanzminister Rothemann, vom gemeinen gelden Reiter über den Kalkulator hinweg sich empor gearbeitet habe.

Dieser plötzliche Entlastungsartikel ist keineswegs ernstlich gemeint, er ist nur ein durchsichtiges taktisches Manöver. Die furcht-

bare Bloßstellung des ganzen Systems soll als der individuelle Schuldiger eines ungeschickten Ministers erscheinen.

Man hat offenbar dringenden Anlaß, die Angelegenheit schleunigst auf einen persönlichen Fehlgriß eines gleichgültigen Ministers abzuleiten. Denn schon verlautet, daß die Schrift Löbnings nur ein erster Schuß sei. Die „Volkszeitung“ kündigt bereits weitere Enthüllungen zum Panama der Osmarthenpolitik an. So habe Löbning zwei Pakete anonym Briefe erhalten, die eine verblühende Aehnlichkeit mit den Handschriften der Gemahlinnen eines höheren Beamten und eines höheren Offiziers aufwiesen.

Mag Herr Rheinbaben immerhin geopfert werden, an dem System ist nichts mehr zu retten! Die Germanisierungspolitik des allerneuesten Kurzes ist für immer der Schande und dem Hohn verfallen. —

#### Thielens Erbschaft.

Die von uns eingehend besprochenen Veröffentlichungen des Vereins für Socialpolitik über die Verhältnisse der unteren Beamten und Arbeiter der preussischen Staats-Eisenbahn-Verwaltung müssen im Eisenbahn-Ministerium doch einigen Eindruck gemacht haben. Ramentlich hat die Enthüllung über die statistische Lichtscheu Thielens, der sich geweigert, für die Untersuchung des Vereins Material herzugeben, den Nachfolger Budde unangenehm berührt. So versucht er denn die belastete Erbschaft Thielens halb und halb zu verleugnen. Er will es nicht wahr haben, daß Thielens den Antrag des Vereins ohne Gründe abgelehnt habe; er habe vielmehr auf die — Veröffentlichungen der Eisenbahn-Verwaltung und des Staats hingewiesen. Auch ein Grund! Man weist Leute, die größere Klarheit gewinnen wollen, auf Veröffentlichungen hin, deren Unzulänglichkeit gerade die Nothwendigkeit neuer Untersuchungen veranlaßt hat.

Sucht Herr Budde so seinen Vorgänger scheinbar herauszuhalten, indem er ihn preisgibt, so bekennt auch er, daß er seinen Flug in Dämmerung und Nacht zu unternehmen für geroten hält. Es sei „damals schon von verschiedenen Seiten anerkannt“, daß derartigen Erhebungen, selbst wenn sie unter der Führung eines so angesehenen Vereins wie des „Vereins für Socialpolitik“, dem auch hohe Beamte des Arbeitsministeriums und der Staats-Eisenbahn-Verwaltung angehören, veranstaltet werden, mancherlei nahe liegende Bedenken bestehen darin, daß das Eisenbahnministerium sehr wohl weiß, daß der Säleier von den Arbeitsverhältnissen nicht hinweggezogen werden kann, ohne daß alle Welt sich entsetzt über die Zustände. Darum müssen sie gnädig in Nacht und Grauen verhüllt werden.

Aber Herr Budde hat trotz seiner Vorliebe für die ewige statistische Dämmerung doch ein warmes Herz. So versichert denn die ministerielle „Verl. Korresp.“, daß der Minister „stets darauf bedacht“ sei,

„die sociale Lage der zahlreichen Beamten und Arbeiter seiner Verwaltung nach Möglichkeit zu verbessern. Er wird zweifellos Anlaß nehmen, die weiteren Anregungen auf diesem Gebiete die die Zimmermannsche ebenso von existenz Wohlwollen für die Eisenbahndiensteten, als von aufrichtiger Anerkennung der Leistungen der Eisenbahnen gerade auch auf socialen Gebiete, erfüllte Abhandlung schon bei flüchtiger Durchsicht bietet, auf das eingehend zu prüfen.“

Herr Budde scheint sich zunächst von seinem Vorgänger dadurch zu unterscheiden, daß er gegenüber der Thielenschen Schneidigkeit es vorzieht, zunächst es mit schönen Worten zu versuchen, denen die schönen Thaten vermutlich „nach Möglichkeit“ folgen, das heißt, da sie unter der Ueberdau- und Sparwirtschaft „unmöglich“ sind, ausbleiben werden! —

#### Englische Schlaglichter.

London, 2. August. (Fig. Ver.)

„Ist die Stagnation Englands zu Ende oder nicht?“ Diese Frage beschäftigt gegenwärtig die englischen Freiheitsfreunde, aber es ist nicht leicht, sie mit einem Ja oder Nein zu beantworten. Es sind Anzeichen vorhanden, daß eine gewisse Bewegung eingetreten ist, die Gleichgültigkeit und die sittliche Verkommenheit sind indes viel zu stark, um zu einem unmäßigen Optimismus Anlaß zu geben. Die moralische Schloßheit der herrschenden Massen Englands ist eine unbestreitbare Thatsache. Das Vorwärtstreben durch eine besondere Kraftentfaltung gilt als vulgar und eines Gentleman nicht würdig. General Jan Hamilton, der im Zuge nach Victoria den rechten Flügel, die berittene Infanterie, kommandirte hatte, sagte vor der Militärkommission aus, daß in Offizierskreisen die Strebsamkeit als eine Unsitte gebrandmarkt werde. Und erst vor einigen Tagen wurde ein höherer Offizier, der sich durch militärische Studien besonders ausgezeichnete, von seinen Kollegen regelrecht durchgeprügelt. Die Klage über die Welt- und Spielfucht des Volkes ist allgemein. Sogar die „Fortnightly Review“ giebt dies zu. Verträubt wirkt auch der Umstand, daß in dem gewerkschaftlich am besten organisierten Durham die schlimmsten Verbrechen vorkommen. Auf seiner Rundreise zur Abhaltung von Geschworenengerichten in der Grafschaft Durham sagte der Richter Grantham: „Die Leute von Durham zeigen hohen Mut im afrikanischen Kriege und ich nahm an, sie würden auch moralisch auf einer hohen Stufe stehen. Allein ich muß zugeben, daß die Grafschaft einen Mangel an moralischem Mut und ein Vorhandensein von Degradation zeigt; die vielsiecht beipflichtet sind. Schuldig daran sind offenbar die schweren Arbeiten in den Kohlengruben und die schlechten Unterhaltungen. Die Unternehmer mühten für das geistige Wohl der Arbeiter mehr

#### Die Insertions-Gebühren

beträgt für die sechsgepostete Kolonettseite oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Berichte und Besprechungen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort frei). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphen-Adressen:  
„Socialdemokrat Berlin“

forgen und ihnen edlere Vergnügungen bieten, denn die Arbeiter sind es, die den Reichtum schaffen."

Nächster Grantkam ist ein Utopist. Und derartige Utopisten giebt es in England gar viele unter den gebildeten Schichten. Vorige Woche ließ ein sehr bekannter liberaler Redner, der 75 jährige Hodgson Pratt, sich als Mitglied der Socialdemokratischen Föderation aufnehmen. Er hat mindestens 50 Jahre seines Lebens in den ideologischen und den verschiedensten fortschrittlichen Bewegungen Englands verbracht und sie mit Geld und in Wort und Schrift unterstützt. Bei seinem Lebensende kam er zur Ueberzeugung, daß nur der Socialismus die Gerechtigkeit und die Menschenfreiheit bringen könne. Er hatte den Mut seiner Ueberzeugung und schloß sich der revolutionärsten Organisation an.

Gestern wurde Schadleton zum Abgeordneten für Clitheroe bestimmt. Die Presse faßt diese Wahl als ein politisches Ereignis ersten Ranges auf. Der „Daily Telegraph“ spricht schon von dem Anfang der modernen Chartistenbewegung.

Dagegen befand sich Sidney Webb vorgestern auf einer Tribüne mit Lord Rosebery, der in einer längeren Rede für den liberalen Imperialismus eintrat.

Robert Blatchford, der Redacteur des vielgelesenen socialistischen Wochenblattes „Clarion“, gab kürzlich eine mächtige Agitationsbrochure heraus, die den Titel „Britain for the British“ trägt. Blatchford, der mich oft an William Cobbett erinnert, ist kein Theoretiker. Abstraktionen sind nicht seine starke Seite. Aber in direkter, schlüssiger Beweisführung, an Verständnis für die unmittelbaren politischen Bedürfnisse der englischen Arbeiterklasse ist er unübertrefflich. Und es ist ein gutes Zeugnis für seine Gradheit und seinen klaren Verstand, daß er den Massencharakter der Gesellschaft begriffen und ihn in seiner wuchtigen Sprache ausgedrückt hat. Die Broschüre wurde in einer Auflage von 100 000 Exemplaren gedruckt und wird massenhaft abgesetzt.

John Burns war neulich von den Bergarbeitern von Northumberland eingeladen, in einer Demonstration zu sprechen. Er fuhr zur Demonstration und hielt eine socialistische Rede, die sogar von der socialdemokratischen „Justice“ gelobt wird.

Auch in der Socialdemokratischen Föderation macht sich die Ueberzeugung geltend, daß die organisierten Arbeiter langsam aufwachen. Es ist hier nicht der Platz, sich mit der Taktik der Socialdemokratischen Föderation zu beschäftigen. Das geschieht in der „Justice“, und diese Diskussion wird mit aller Energie fortgesetzt werden, bis sie die Genossen zum Nachdenken gebracht hat.

## Deutsches Reich.

### Zölle auf Handwerkszeug.

Eine Verteuerung des Handwerkszeugs der Näherin und Hausfrau hat der Centrumsabgeordnete Dr. Spahn in der Zolltarif-Kommission beantragt. Der bestehende Zoll belegt den Doppelcentner Nähadeln mit 60, ebenso Nähmaschinen-Nadeln mit 60 M., andre Nadeln mit 24, unpolierte Spinnadeln mit 15, andre Nadeln und Angelhaken mit 24 M. Der Zolltarif-Entwurf schlägt demgegenüber erhebliche Erhöhungen vor: danach sollen Nähmaschinen-Nadeln, ebenso Strickmaschinen- und Wirkmaschinen-Nadeln mit 200 M., Strickmaschinen-Nadeln, andre Nadeln und Angelhaken mit 30 M. verzollt werden. Diese Sätze genügen aber dem Abgeordneten Dr. Spahn nicht. Er beantragt für Nähadeln einen Zoll von 200, für Nähmaschinen-, Strickmaschinen-, Stick- und Wirkmaschinen-Nadeln 1000 M., für Sticknadeln, andre Nadeln und für Angelhaken 60 M. Zoll pro Doppelcentner!

Ein netter Freund des Mittelstandes!

**Wilhelms II. Auslandsfahrt.** Der Kaiser ist nach Reval gefahren, um mit Vätern zusammen zu treffen. Graf Bülow ist zum decorativen Kutsch des Besuchs mitgenommen worden. Es wird auch eine Flottenparade stattfinden.

**Politisch sind derlei Wiffen bedeutungslos.** Diese ist nicht einmal von familiärem Interesse. Denn die persönlichen Beziehungen Wilhelms II. und Nikolass II. haben bisher im wesentlichen darin bestanden, daß der Zar eine bemerkenswerte Fähigkeit entwickelte, mit dem deutschen Vater nicht zusammenzutreffen.

**Das Ende der Legislaturperiode des Reichstags.** Vor einiger Zeit ging die Nachricht durch die Blätter, die Regierung beabsichtige, um Zeit für den Zolltarif zu gewinnen und ihn den Wahlen zu entziehen, die Legislaturperiode nicht fünf Jahre nach den Wahlen, sondern nach dem Termin der ersten Einberufung des 1898er Reichstages endigen zu lassen. Der parlamentarische Bericht der Reichstagsfraktion hatte auf diesen Plan hingewiesen. Jetzt entschließt sich nun die „Nordd. Allg. Ztg.“ zu folgender Anmerkung: „Es dürfte dem „Vornwärts“ schwer fallen, nachzuweisen, wann und wo die Regierung die „Frage“ betreffs der Dauer der Legislaturperiode des Reichstags aufgeworfen hat.“ Soll das heißen, daß der Plan nicht besteht und nicht beflanden hat? —

### Klerikale Rache.

Eine überraschende Meldung kommt aus Mühlhausen; dort war es gelungen, bei den letzten Gemeindevahlen die Klerikale Herrschaft zu stürzen und durch eine liberal-socialdemokratische Mehrheit zu ersetzen, die durch ein Kartell der Socialdemokratie und der bürgerlichen Linken erzielt wurde.

Jetzt haben nun plötzlich zehn der bürgerlichen Kartellleute ihre Ämter niedergelegt, indem sie als Hauptgrund angeben: „Die ausgesprochene Tendenz einer Anzahl demokratischer Gemeinderäte, eine die Interessen der Stadt und das Ansehen des Bürgermeisters in gleicher Weise schädigende Reberregierung einzurichten zu wollen.“

Außerdem werden allerlei persönliche Konflikte lächerlicher Art als Gründe der Demission vorgeführt. Den wirklichen Grund aber hat wohl die bürgerliche „Straßburger Post“ zutreffend angegeben, die von einem allgemeinen gesellschaftlichen und geschäftlichen Boykott der liberalen kleineren Fabrikanten, Fabrikdirektoren und Kaufleute durch die über den demokratisch-socialistischen Sieg wütende Großindustrie erzählt. Die tapferen Liberalen spielen also die Komödie der entrüsteten Demission, um den Jörn der Besiegten zu fänstigen.

Nun, die Socialdemokraten bedürfen dieser liberalen Namen nicht; hoffen wir, daß das Proletariat die feige Flucht mit socialdemokratischen Nachwohl-Erfolgen beantworten werde! —

### Eine Langfinger-Schule in der Wohlfahrtskolonie.

Aus Essen wird uns berichtet: Wiederholt gingen Notizen durch die Blätter, aus denen zu schließen war, in Essen, dem Kruppischen Reich, müsse eine „Schule“ für Langfinger eingerichtet sein. Natürlich wurden solche Nachrichten immer dementiert. Es wäre doch zu blamabel, wenn im Kruppischen Wohlfahrtsreich, wo die Arbeiter nach Schilberung der verpflichteten Presse ein wahres Entleben führen müßten, eine Schule von Verbrechern sich hätte entwickeln können. Und doch ist es sol und die Verbrecherschule befindet sich auf einer Kruppischen — Wohlfahrtskolonie! Die ältesten Paläste der Kruppischen Villenkolonien bestehen aus ungeheuren Holzgebäuden, in denen in kleinen Wohnungen

dicht gedrängt meist die am schlechtesten gelohnten und ärmsten Arbeiterfamilien wohnen. Daß das enge Zusammenwohnen in mangelhaften Wohnungen demoralisierend auf die heranwachsende Jugend wirkte, braucht nicht zu verwundern. Wie aber die Jugend auf der Kruppischen Kolonie verwaht, zeigen folgende Thatsachen: Nach der Eingemeindung Kleindorfs zu Essen kam auch die besagte Kolonie unter Aufsicht der Essener Polizei. Diese fand Merkmale, die schließen ließen, daß die Kolonie der Wohnort vieler Taschendiebe sein müsse. Die Polizei obschriebte schärf und konnte in wenigen Wochen ca. 70 Züchtungen aus der Kruppischen Wohlfahrtskolonie heraushehlen! Es sind fast lauter junge Burschen, die dort bei ihren Eltern wohnten. Vor einigen Wochen ist von den Burschen, die übrigens gefürchtet sind und besonders in der Dunkelheit das Passieren der Kolonie nicht rückwärts erscheinen lassen, ein Polizeibeamter ohne die geringste Veranlassung scheinlich mißhandelt worden.

Von dem Skandal dringt nichts in die Öffentlichkeit. Wohl um das Renommee der Kruppischen Villenkolonien nicht zu gefährden, schweigt sich die gesamte ordnungstreuere Presse darüber aus. —

### Ultramontane Moral.

Aus München, 3. August, wird uns geschrieben: In unserem Stadtparlament beantragte kürzlich der ultramontane Gemeindevorstand, Stadtvorordnete Herrmann, die Wiedereinführung von Bordellen, um die Straßen von den Prostituierten zu säubern. Besonders warm befürwortete diesen Antrag der Ultramontane Pränzipal, der sich in heftigen Ausfällen gegen die Socialdemokratie erging, die mit ihrer Proklamtion der freien Liebe zum Teil mit schuld an der Prostitution auf der Straße sei.

Als Antwort auf diese einseitigen Angriffe und zur Kennzeichnung des ultramontanen Zugschuldes druckt nun unser Münchener Parteiblatt folgenden ihm zur Verfügung gestellten Originalbrief ab:

Euer Wohlgeborener!

Ich offeriere Ihnen ein schön möbl. Zimmer mit eigenem Eingang bei gebildeter Familie dem Hausbesitzer selbst zum Preise von 13 Mark monatl. Vollkommen ungestört, Sie können im Zimmer auch bezüglich aller Besuche bei Tag und Nacht thun was Ihnen immer beliebt. Von Morgens 6 bis Abends 9 sind Sie fast ausschließlich allein in unserer Wohnung des 1. Stockes, da wir uns während dieser Zeit Partee beim Gesellschafter aufhalten. Kleinlicher aufmerks. Bedienung dürfen Sie sich versichert halten. Ein stud. Mediziner der 2 Jahre bei uns wohnte ließ sich von mir des Nachts wenn er angeheitert nach Hause kam, häufig ausziehen, oder des Morgens wenn ich zur Ueberbringung seines Kofes und Schuhe in Zimmer kam im Uebermüde die Strümpfe anzuziehen. Ich führe das nur an, daß Sie nicht glauben, Sie würden, weil beim Hausbesitzer, bei recht überspannten Leuten Wohnung nehmen, wo Sie bezüglich Ihrer Bedienung vernachlässigt würden. Fünf Minuten näher der mediz. Gebäude erhalten Sie so schönes Zimmer nicht unter 18—20 M.

Hochachtung

J. Bräutigam, Hausbesitzer,

Gollertstr. 17.

Man sieht diese Merkmalen, die als „Politiker“ so wild und ungebärdig scheinen, sind als Hausbesitzer und Zimmervermieter eine überspannten Menschen — bei Tag und Nacht! —

## Ausland.

### Der Kulturkampf in Frankreich.

Am Sonntagnachmittag sammelten sich die Socialisten auf der Place de l'Hotel de ville und der Place du Pantheon, um auf der Place Maubert vor dem Deikal des von der Kirche verbrannten Freidenkers Etienne Dolet eine Kundgebung zu veranstalten. Die Manifestanten, deren Zahl auf etwa 2000 geschätzt wurde, riefen „Nieder mit den Pfaffen“ und empfahlen den verfolgten „Schwestern“ sich zu verheiraten. Das Halten von Reden wurde nicht gestattet.

Nach der Kundgebung veranstalteten die Teilnehmer eine Versammlung, in welcher der Deputierte Toussaint erklärte, beim Wiederzusammentritt der Deputiertenkammer werde er die Aufhebung aller Kongregationen und die Kündigung des Konfessionsbuchs beantragen.

Marineminister Pelletan hielt in Marseille eine Rede, in welcher er ausführte: Der ewige Feind sei der Merikalismus, welcher alle Verfassungskünste anwende. „Wir werden“, so schloß der Redner, „nicht nach Kanossa gehen, und werden nicht verzeihen, daß unsre Väter die Welt gegen religiöse Phantome erobert und die Menschheit mit der Freiheit beschenkt haben.“

Von den Meldungen über Klerikale Rebellionen in der Provinz seien verzeichnet:

**Firminy (Dep. Loire).** Unmittelbar nachdem ein Polizeikommissar an der hiesigen Kongregations-Niederlassung die Siegel angelegt hatte, brach der Pfarrer die Siegel ab, indem er erklärte, er sei Eigentümer des Hauses. Sodann schlug eine Frau dem Kommissar ins Gesicht. Der Pfarrer und die Frau wurden verhaftet.

**Chambéry.** Da die Schulschwestern von Harnotherserwoleg sich weigerten, die Thür der Anstalt zu öffnen, ließ die Polizei die Umgebungsmauer niederreißen. Der Regierungskommissar drang hierauf in die Schule ein und ließ die Schwestern entfernen.

**St. Chamond (Loire).** Auf dem Hofe des katholischen Vereins wurde eine von etwa 2000 Personen besuchte Protestversammlung gegen die Schließung der Schulen abgehalten. In der Straße fand eine Gegenkundgebung statt. Es kam zu Zusammenstößen zwischen beiden Parteien, wobei drei Personen leicht verletzt wurden.

Zu Kundgebungen kam es bei Schließung der Schulen in den Departements Loire, Loire, Tarn, Ardèche, Baucluse und in mehreren Gemeinden des Arrondissements Roanne gegen die Regierungskommissare. In Sienne (Loire) mußte der Regierungsvorsteher angesichts der feindsichtigen Haltung einer Gruppe von etwa 400 Personen, welche Steine gegen die Gendarmen schleuderten, das Feld räumen, ohne seinen Auftrag ausgeführt zu haben. In Montbronn (Loire) brach ein Ruffe des Generals Miribel zweimal die an die Schule gelegten Siegel ab. Derselbe wurde verhaftet.

### Frankreich.

**Socialistische Mißerfolge.** Bei den Gemeindevahlen in Marseille wurde der bisherige socialistisch-gueddistische Vertreter geschlagen.

Auch in Lille siegte der Progressiv Mont mit 6418 Stimmen über den socialistischen Kandidaten Chesquiere. —

### England.

**Der deutsche Kaiser und Lord Ritcher.** In englischen Blättern wird, wie schon berichtet, mitgeteilt, daß der deutsche Kaiser den Lord Ritcher zu einem Besuch nach Deutschland eingeladen habe. Die ganze deutsche Armee, so heißt es in dem Telegramm des Kaisers, werde es als eine hohe Ehre schätzen, einen solchen Soldaten in ihrer Mitte begrüßen zu können. —

**Die Premierminister der englischen Kolonien,** die gegenwärtig in London weilen, werden seihig interviewt. Dieser Tage wurde Sir Edmund Barton von einer Deputation des Nationalverbandes für Frauenstimmrecht besucht. Er konnte der Deputation mitteilen, daß zur Zeit den Parlamenten von New-Südwaales und

Victoria Gesetzentwürfe vorliegen betr. die Einführung des Frauenwahlrechts; er glaubt, daß die Einführung desselben in den genannten zwei Kolonien gesichert sei.

## Eisenzölle.

### 96. Sitzung der Zolltarif-Kommission.

Berlin, 4. August.

An Stelle Bernsteins ist Geher in die Kommission eingetreten.

Die Position 812 belegt Feilen, Raspelein bis 16 Centimeter lang mit 40, bis 35 Centimeter mit 25, mehr als 35 Centimeter mit 10 M.

Gothein beantragt 15 M. und eine Anmerkung: Die Länge versteht sich mit Ausnahme der Angel. Die Socialdemokraten beantragen Zollfreiheit.

Gothein begründet seinen Antrag; die Kleinindustrie werde betroffen.

Gothein, der für Zollfreiheit eintritt, weist auch auf die Bedürfnisse der Kleinindustrie hin, die die kleinen Feilen z. gerade benötigte und nach dem Tarif am schwersten belastet werde. Uebermäßige werden meist vom Auslande bezogen und dem inländischen Produkt vorgezogen mit Rücksicht auf ihre Qualität. Darum sei Zollfreiheit geboten.

Geheimrat Zuzendky verteidigt die Vorlage; er ersucht, die Anmerkung Gothein ebenfalls abzulehnen.

Gothein wendet sich gegen den Regierungsvorsteher, ebenso Müller-Sagan im Interesse der Menschlicher Industrie, die mit den in Frage stehenden Produkten Absatz im Auslande suche.

Die Position wird nach der Vorlage angenommen; die Anmerkung Gothein wird abgelehnt.

Die Positionen 813—816 werden verbunden. 813, Bohrer, Jangen, Scheren, Stemmeisen, Hobeleisen, Maschinenmesser, Schneidzeuge zc. 20 M.; 814, Axtklingen, Messerwerkzeuge zc. 40 M.; 815, Hammer bis 10 Rilo, Kerze, Peile, Haden, Wiese- und Hadenmesser, Schraubschlüssel und -Zwingen, Bohrwinden zc. 15 M.; 816, anderweitige Geräte, z. B. Pflüge, Kultivatoren, Grabber, Kartoffelgraber, Eggen, Handrechen, Pferderechen, Wagen, Sägeleisen, Tierfallen, Riemenpanzer zc. über 3 Rilo 10 M., unter 3 Rilo 15 M.

Gothein beantragt für 813 12 M.; für 814 12 M.; für 815 10 M.; für 816 andren Text und Sätze von 6 resp. 10 M.

Die Socialdemokraten beantragen Zollfreiheit.

Gothein geht in seiner Begründung diese Art von Mittelstands-Positiv, die die nötigsten Handwerkzeuge der Kleinhandwerker verteuere.

Müller-Sagan verteidigt die Verteuerung der Handwerkzeuge, die den Standpunkt des Kleinhandwerks bedränge. Der Konsumentenstandpunkt komme auch hierbei in Betracht; denn die betreffenden Werkzeuge werden von den Massen verbraucht. Dabei komme in Betracht, daß Deutschland dergl. Waren massenhaft exportiere, also die inländische Produktion geschädigt statt gefördert würde durch den Zoll. Bezeichnend sei, daß man die Geräte und Arbeitsmittel der Landwirte so schwer belaste und damit den kleinen Bauern wieder das Leben schwer mache.

Franken giebt die Erklärung ab, daß er für die Erhöhung der Zollsätze nicht zu haben sei, wenn er auch seine Herabsetzung unterläße.

Geheimrat Zuzendky tritt für die Vorlage ein; es handle sich hier um hochwertige Erzeugnisse, die einen Zoll leicht vertragen.

Müller-Sagan bekämpft diese Ansicht; umgekehrt sollte die Produktion dieser Artikel freigegeben werden. Redner hat Zuschriften erhalten, die seine Ansicht unterstützen.

Gothein widerspricht dem Regierungsvorsteher ebenfalls.

Die Position 813 wird nach der Vorlage angenommen; ebenso 814, 815 und 816.

Verbunden werden 818/19, Spindeln aller Art 10 M.; 819, Ausrüstungsgegenstände für Spinn- und Webmaschinen 25 M.

Gothein beantragt zu 818, Spindeln, roh 6 M.; bearbeitet 10 M.; zu 819, Webstoffe zc., roh 5 M.; bearbeitet 12 M.

Die Socialdemokraten beantragen Zollfreiheit.

Spahn beantragt zu 819 — 15 M. und begründet den Antrag mit den ungenügenden Angaben der Motive, die keinen Grund für die Erhöhung der Zollsätze erkennen ließen.

Gothein kritisiert scharf diese Zollserhöhungen, die nach seiner Ernte berechtigt wären.

Geher findet die Motive nicht nur dürftig, sondern widerspruchsvoll, und nimmt Veranlassung, an diesen Positionen nachzuweisen, wie auch sie den Arbeitern zum Nachteil gereichen. Jede Verteuerung der Maschinen wirke lohnbedrückend. Man mache den Socialdemokraten wegen ihrer Anträge auf Zollfreiheit den Vorwurf der Inkonsequenz, inkonsequent handelten aber die, die gegen Zölle auf Rohstoffe seien und dann doch für Zölle auf Halb- und Ganzfabrikate stimmten; würden diese letzteren abgelehnt, müßten auch die Zölle auf die Rohstoffe fallen. Die weiteren Vorwürfe, daß die Socialdemokraten den Konsumentenstandpunkt bevorzugten, seien thöricht. Die „Post“ schreibe gar, daß endlich eine Umkehr in der Socialdemokratie eintrete, und schreibe dies zum Teil auch den Ausführungen Bernsteins in der Kommission zu. Allein Bernsteins habe nur gesagt, daß der Konsumentenstandpunkt nicht einseitig vertreten werden könne. Das thäten die Socialdemokraten in der Kommission nicht. Die Produzenten der Spinnmaschinen seien Konsumenten der vom Auslande bezogenen Spindeln, wie die Massen von Arbeitern und Bauern Konsumenten von Hobeln, Sägen, Messern, Hämern, Senen, Sichel zc. zc. seien und als solche vor der Verteuerung dieser Waren geschützt werden müßten. Durch die Verbilligung, wie Redner befürwortet, werde die Produktion gestärkt, man ermüde sie, die Waren wohlfeiler herzustellen, dadurch die Kaufkraft des eignen Volkes zu schonen und so werde die Möglichkeit eines stärker zunehmenden Konsums geschaffen. Nur so könne die inländische Produktion gefördert werden. Die Verteuerung durch Zölle bewirke das Gegenteil und powere das ganze Volk aus. Es sei ihm, Redner, unbegreiflich, wie man das Ausland so begünstigen könne, wie durch dieses Zollsystem, das zur Verschleuderung von Waren an das Ausland führe, die sogar noch vom preussischen Handelsminister verteidigt worden sei. Diese volkswirtschaftlichen Anschauungen der Regierung würden die Wähler in anderer Weise zu würdigen wissen als der Handelsminister annehme. Man begünstige das Ausland auf Kosten der eignen Nation, das nenne man: Für das Ausland arbeiten! Vor der verschiedenartig betriebenen Ausbeutung wolle die Socialdemokratie das Volk bewahren, deshalb auch würden die Anträge auf Zollfreiheit gestellt. Die Mehrheit wisse sehr wohl, daß die Erhöhung der Zölle die Warenpreise verteuere, sie gebe also wider besseres Wissen vor, die Produktion stützen und die nationale Arbeit schützen zu wollen.

(Der Vorsitzende rügt den Ausdruck: Wider besseres Wissen.)

Geheimrat Zuzendky tritt für die Vorlage ein.

Müller-Sagan meint, die principielle Ausführungen des Abg. Geher stützten sich wohl unter der Adresse der Freisinnigen mehr gegen Bernsteins, der vorige Woche ja hier gesagt habe, daß der Konsumentenstandpunkt nicht allein vertreten werden dürfe. Die Ausführungen des Vorredners über das Verfahren gegenüber dem Auslande gaben ihm keine Veranlassung zu Aussetzungen.

Stadthagen erklärt, Geher habe sich nicht gegen die Freisinnigen gewendet, sondern gegen die Vorwürfe, die uns wegen der Anträge auf Zollfreiheit gemacht wurden. Auch Bernsteins stehe auf dem Standpunkte, den Geher hier erörtert habe, nur suche man in der Presse zc. die preussischen Ausführungen umzuwenden.

Die Position 818 wird nach der Vorlage angenommen, Position 819 dagegen nach dem Antrage Spahn abgeändert.

Die Positionen 822—824 und 831 werden ebenfalls verbunden: Patentmaschinen, Wagenfedern, Schlitt- und Rollschuhe.

Die Socialdemokraten beantragen Zollfreiheit.

Gothein beantragt Zollherabsetzungen.

Stadthagen tritt für Zollfreiheit ein und weist auf die auf-fälligen Widersprüche der Motive hin. Auch hier äußere sich die Schädlichkeit der Zölle in markanter Weise.











